

Zu diesem Heft

»Weltgesellschaft« ist ein Modewort in den Sozialwissenschaften geworden, das, obwohl schon vorher gebräuchlich, nach dem Fall der Mauer und im Zusammenhang mit der Globalisierungsdiskussion doch eine »markante Akzentuierung« erfahren hat. Es geht dabei um Intensivierung globaler Interdependenzen, den Ausbau von transnationalen Netzen mit Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Dieser Diagnose folgen bei Dieter Senghaas die Fragen: »Welche Vorstellungen von Welt liegen eigentlich den Welt-Begriffen zugrunde? Welche Globalität unterstellt der Diskurs über Globalisierung?«¹ Senghaas kommt zu dem Schluss, dass in den seltensten Fällen die real existierende Welt zur Sprache kommt und stattdessen in der Regel eine OECD-Welt zum Ausgangspunkt genommen wird, die der Realität nur in sehr begrenztem Maße entspricht.

Aber auch die OECD-Welt, also die »Welt«, die sich den »westlichen Werten« von Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet hat,² zeigt nicht erst seit dem Ausbruch der Finanzkrise große innere Brüche. Wurden diese Brüche bisher eher als lokale Besonderheiten betrachtet, die das Gesamtkonzept nicht stören, so gelten sie inzwischen selbst in einem stark integrierten Raum wie der Eurozone in mancher Hinsicht fast als nicht zu kitten.

Der Globalisierungsbegriff hatte den kulturellen und wissenschaftlichen Diskurs infiltriert und geprägt. Er beruht auf der Lehre der »liberalen« Schule, die auf dem Glauben an die Überwindung des (Kalten) Krieges durch wirtschaftliche Verflechtung, internationale Verträge oder partnerschaftliche Kooperation gründet. Begriffe wie »Imperium« galten als veraltet, wurden »vom Diskurs ausgeschlossen« und »marginalisiert«, um es in der Sprache der modernen Gramscianer auszudrücken. Eine transnational vernetzte Welt schien sogar den Staatsbegriff selbst obsolet machen zu können. Mit dem Begriff »Globalisierung« war es den Amerikanern in der Ära Clinton gelungen, jenen Konsens durch die Herausbildung einer »Weltanschauung« zu generieren, die Gramsci als eine »kulturelle Hegemonie« beschrieben hat: eine geräuschlose Dominanz, die der Gewalt nicht bedarf, um ihre Ziele durchzusetzen – zweifellos in Bezug auf Herrschaft ein zivilisatorischer Fortschritt. Hein-

1 Dieter Senghaas 2012. *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt*. Frankfurt a. M.: edition suhrkamp, hier S. 18.

2 In den ersten Jahren ihres Bestehens zählte die Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 18 Mitglieder, darunter 15 europäische Staaten sowie die USA, Kanada und die Türkei. In den 1960er Jahren traten Italien, Japan und Finnland bei, in den 1970er Jahren folgten Australien und Neuseeland, in den 1990er Jahren kamen Mexiko, Tschechien, Ungarn, Südkorea, Polen und die Slowakei hinzu, und 2010 traten Chile, Slowenien, Israel sowie Estland bei. Die OECD versteht sich als Forum, in dem Regierungen ihre Erfahrungen austauschen, *best practices* identifizieren und Lösungen für gemeinsame Probleme erarbeiten. In der Regel ist Gruppenzwang der wichtigste Anreiz für die Umsetzung der erarbeiteten Empfehlungen. Häufig werden im Rahmen der OECD Standards und Richtlinien erarbeitet, gelegentlich auch rechtlich verbindliche Verträge.

rich Triepel zufolge war von den orientalischen über die griechisch-römischen bis zu den jüngeren europäischen Hegemonialreichen die Hegemonie Preußens die frei-este in der Geschichte der Hegemonialreiche – die amerikanische hatte er noch nicht im Blick.³ Die USA haben geradezu eine »Vision der Freiheit« transportiert und eine effiziente Werbestrategie für die Politik der Öffnung eingesetzt, die Clinton zum handelspolitisch erfolgreichsten Präsidenten der USA seit dem Zweiten Weltkrieg machte – der US-Export stieg nach der WTO-Gründung um 36 Prozent, verant-wortlich dafür waren vor allem die Film- und Musikindustrie, die Rüstungsindus-trie, eng verbunden mit dem IT-Sektor. Die zivile Konversion des Internet zemen-tierte die Vorherrschaft der USA auf dem Computer-Sektor und auf dem Sektor der Suchmaschinen und Datensammelfirmen.

Der Schock der Aufdeckung des weltumspannenden Überwachungsprogramms der USA und ihres englischen Verbündeten trifft die Glaubensdoktrin der liberalen Schule deshalb hart: Plötzlich muss man sich eingestehen, dass die Machthierarchien zwischen den Staaten nicht verschwunden sind, dass zwischen Staaten keine Freund-schaften bestehen können und dass Kooperationen durchaus asymmetrisch sein können – es gibt deutliche Rangunterschiede: »America First«, danach die Anglo-sphäre, Deutschland ist einer der Staaten dritter Ordnung.⁴

Anfang Juni 1942 nahm die japanische Marine Kurs auf die Insel Midway, die etwa auf halbem Weg zwischen Tokio und Kalifornien liegt. Hätten die Japaner Midway erobert, wäre der Hafen Pearl Harbour gefährdet gewesen, der nach der Annexion 1898 zu einem der wichtigsten Stützpunkte der US-Marine im Pazifischen Ozean geworden war. Die US-amerikanischen U-Boote, die in Midway nicht mehr hätten tanken können, wären in Bedrängnis geraten. Die Amerikaner waren schlecht gerüstet für einen Kampf mit der japanischen Kriegsflotte, aber sie hatten einen Vorteil: Sie hatten den Geheimcode des japanischen Militärs geknackt und kannten die Pläne der Japaner. Es kam zu der Schlacht um Midway, bei der die Japaner vier Flugzeugträger verloren und den Versuch abbrechen mussten, Midway zu besetzen. Es war dieser Vorteil des Wissens um die Pläne des Gegners, der es ihnen ermög-lichte, die Japaner mit einer Handvoll von Kriegsschiffen zu besiegen und damit die Machtverhältnisse im Pazifik zu ihren Gunsten zu ändern: Die USA übernahm die pazifische Seeherrschaft.

Die Amerikaner haben gelernt, welchen Wert Informationen haben: Ohne die Kenntnis des japanischen und später auch des deutschen Codes hätten sie den Krieg vielleicht nicht gewonnen. Hatten sie sich zuvor an das Diktum des Außenministers Henry Stimson gehalten: »Gentlemen lesen nicht die Briefe anderer Leute«, so waren sie nun geradezu besessen davon, alle erreichbaren Kommunikationen zu erfassen, eine Aufgabe, die 1951 der National Security Agency (NSA) übertragen wurde und die von vornherein nicht nur Regierungskommunikation betraf, sondern auch pri-

3 Heinrich Triepel 1928. *Die Hegemonie*. Stuttgart: Kohlhammer.

4 In den 1920er Jahren hatte der US-Banker Morgan die Deutschen als »second rate people« bezeichnet.

vate Post, denn im Kalten Krieg, so fürchtete man, könnten alle Kommunikationskanäle relevant werden⁵.

Tatsächlich bedeutet die Kenntnis der Kommunikation von Gegnern oder Verhandlungspartnern einen kaum zu unterschätzenden Vorteil, ist man doch dadurch in der Lage, die Pläne des Gegners oder die dem Verhandlungspartner wichtigen Kriterien, Beschwerden und Grenzen vorher zu kennen und sich auf ihre Behandlung vorzubereiten. Solches Wissen verschafft souveräne Auftritte, Diplomatie wird erleichtert und zu einer eleganteren Art der Einflussnahme, die zu der Aura des »wohlwollenden Hegemon« nicht wenig beigetragen haben dürfte und auch einen Teil der großen Erfolge der USA in der Nachkriegszeit erklären mag. Dass dieses Mittel der Diplomatie bei hartnäckigen Partnern jederzeit auch durch Drohungen aller Art oder militärische Mittel erweitert werden konnte, das zeigen die vielen Sanktionen und die Kriege, die die Demokratie USA seit 1945 geführt hat. Denn der militärisch-industrielle Komplex, vor dem General Eisenhower gewarnt hatte, wurde nach 1945 keineswegs abgebaut.

Die Frage, warum die USA sich nicht zurückgezogen haben, als Europas Wohlstand wiederhergestellt und ein Angriff längst nicht mehr zu befürchten war, warum die USA nach dem Fall der Berliner Mauer nicht abgerüstet haben, erübrigt sich also: Warum sollte man eine Position aufgeben, die viele Vorteile bietet? Die USA verbanden mit ihrem jahrzehntelangen kostspieligen militärischen Engagement ein eigenes übergeordnetes Interesse: Sie waren selbst ein Imperium geworden, wenn auch besonderer Art. Nach dem Ende des Kalten Krieges musste der liberale Arthur Schlesinger Jr., der in der Debatte um den Charakter des amerikanischen Reiches Konterpart von William Appleman Williams gewesen war, zugeben, dass »niemand mehr bezweifelt, dass es ein amerikanisches Imperium gibt, ein »informelles Imperium«, das keine Kolonien hat, aber reichlich ausgestattet ist mit allen imperialen Paraphernalia: Truppen, Schiffen, Flugzeugen, Militärbasen, Proconsuln, lokalen Kollaborateuren, alle rund um den Globus platziert«.⁶ Nach Andrew Bacevich gibt es keine Strategien, die nur »passiv« oder »defensiv« sind,⁷ denn es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass Hegemonialmächte weniger egoistisch sind und mit ihrem Engagement keine Interessen verfolgen. Die NATO war stets »mehr als ein Bollwerk gegen den Kommunismus, sie war ein Instrument, um Europas politische und ökonomische Transformation zu befördern und die vorteilhafte Position der USA zu zementieren«. Und so erzeugt auch der »Krieg gegen den Terror« einen Mehrwert für die USA, der zur Festigung der Hegemonie dient.

Die amerikanische Mission unterscheidet nicht zwischen Markt und Politik, weil beides Teil ihres Gesellschaftsmodells darstellt: Expansion des Marktes bedeutete

5 George Friedman 2013. *Keeping the NSA in Perspective*. Geopolitical Weekly, July 16, 2013. Stratfor Global Intelligence. www.stratfor.com/weekly/keeping-nsa-perspective (Zugriff vom 01.08.2013).

6 Arthur Schlesinger Jr. 1986. *The cycles of American history*. Boston: Houghton Mifflin, hier S. 141.

7 Andrew J. Bacevich 2002. *American empire. The realities and consequences of U.S. diplomacy*. Cambridge: Harvard University Press.

Ausdehnung der Freiheit. Diese amerikanische Ideologie kann sich auf einen breiten inneramerikanischen Konsens berufen, es geht um das Prinzip der Ausdehnung der amerikanischen »frontier« über die Grenzen des Landes hinaus im Namen von Fortschritt, Selbstbestimmung und Frieden – nicht jedoch im Namen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, darin unterscheiden sich die amerikanischen Werte von den europäischen. Die traditionelle amerikanische Einstellung ist antikolonialistisch und dem Gedanken abhold, fremde Bevölkerungen durch amerikanische Soldaten zu unterdrücken. Das förderte eine besondere Außenpolitik, die die Vorzüge eines Imperiums aufwies, ohne permanente Besatzungskosten zu verursachen. Diese Politik ist die Politik der Öffnung der Gesellschaften für Waren und Kapital – der »Open Door-Imperialismus« (Williams). Die USA ziehen den politischen und ökonomischen Zugang und Einfluss der unverdeckten Kolonialherrschaft über abhängige Völker vor und setzen im Übrigen auf die Anziehungskraft des »American way of life«, um Zweifler und Gegner zu überzeugen. Clintons Außenpolitik nach dem Fall der Mauer bestand in der konsequenten Fortsetzung der politischen Initiativen zur ökonomischen Öffnung verschiedener Regionen und Nationen. Ihm gelang es, die NAFTA zu verwirklichen, über 300 Handelsverträge mit Schwellen- und Entwicklungsländern über freien Waren- und Kapitalverkehr abzuschließen (private Kapitalanlagen in den Schwellen- und Entwicklungsländern erreichten in den 1990er Jahren 1,5 Billionen \$) und die GATT zur Welt-Handels-Organisation umzuwandeln, dem bisher erfolgreichsten Instrument zur Markttöffnung. Amerikas Imperium ist informell, da es sich aus nominell gleichrangigen Staaten zusammensetzt. Wann immer möglich, herrschen die USA indirekt über ihr Imperium, meist über zwischengeschaltete Institutionen, die sie zwar nicht allein kontrollieren, deren Ton sie aber vorgeben, etwa in der NATO und im Weltsicherheitsrat, im IWF und in der Weltbank. Dass entsprechende Beschlüsse dieser Gremien dann etwa »Washington Consensus« heißen, zeigt die Besonderheit der Hegemonie, die sich von Herrschaft unterscheidet.⁸

In Europa gab es mehrere Versuche, sich aus der Abhängigkeit vom transatlantischen Hegemon zu lösen – Charles de Gaulle, der ahnte, welche Rolle die Briten als Schlüssel für die Öffnung Europas spielten, konnte den amerikanischen Einfluss eine Weile zurückdrängen, und noch heute legen die Franzosen so großen Wert auf ihre eigene Sprache und ihre kulturelle Identität, dass sie in den beginnenden transatlantischen Verhandlungen auf der Ausklammerung der Kultur bestanden haben. Ein anderer Versuch der Gewinnung von Autonomie war die Schaffung einer eigenen Währung, die ein eigenes Reich von Wohlfahrtsstaaten ermöglichen sollte. Doch Washingtons Interventionen führten dazu, dass die nach der teilweisen Aufhebung des Bretton-Woods-Abkommens in den 1980er Jahren nach und nach durchgesetzte

8 »Hinter der Herrschaft auch des Staates über einen anderen steht ständig die Drohung mit Zwang; der herrschende Staat befiehlt und weiß den Befehl mit Gewalt durchzusetzen. Versucht sich der beherrschte Staat der Unterwerfung zu entziehen, so ist das Abfall, Rebellion. Die Hegemonie aber stützt sich immer auf eine Anerkennung des geführten Staates, und sie neigt sich ihrem Ende zu, wenn die Anerkennung ins Schwanken gerät«; Triepel 1928, siehe Fußnote 3, hier S. 141.

Kapitalverkehrsfreiheit⁹ auch in der Eurozone galt. Damit war das Ziel eines politisch integrierten Europa ausgeträumt, einen Schutzschild gegen amerikanische Hedge Fonds (sie wurden in Deutschland erst 2003 erlaubt) und Beteiligungen schafften die Europäer nicht, holten stattdessen mit der Wiedervereinigung amerikanische Beratungsunternehmen und Investmentbanken ins Land. Und deutsche Aktiengesellschaften, insbesondere wenn sie an der Wall Street notiert waren wie Siemens, Deutsche Bank oder Daimler Benz, machten bis vor nicht allzu langer Zeit alle Moden und Krisen der Wall Street mit und förderten aktiv den Abschied vom rheinischen Kapitalismus und den Einfluss amerikanischer Standards, die der Steigerung der Managergehälter, aber auch dem *shareholder value*-Konzept zum Durchbruch verhalfen.¹⁰

Hegemonie ist weniger als Herrschaft, aber mehr als bloßer Einfluss, eine Form der Dominanz, für die alle klassischen Rezepte gelten: Uneinigkeit in den Einflusszonen schüren, Diskussionen lenken und mit ausschließenden Wertungen versehen, sodass Meinungen, die aus dem akzeptierten Spektrum herausfallen, als »Abweichungen« gelten und »marginalisiert« werden. So unterzieht unser Autor Timmo Krüger das »Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung« einer Analyse und entdeckt, dass es sich in einem Prozess der strategisch-selektiven Aneignung auf inkrementelle technische Lösungen (Green New Deal) konzentriert hat und damit sozialstrukturverändernde Lösungen aus dem Diskurs ausschließt, »marginalisiert«.

Ein anderes Rezept hegemonialer Führung besteht darin, Widerstand durch periodisch lancierte inkrementelle Änderungen langfristig zu brechen nach dem Prinzip »*gutta cavat lapidem*«. Nach diesem Prinzip agieren die EU-Organe, wenn Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof Integrationsvertiefungen schleichen durch Anwendung und Auslegung europäischen Rechts eigenmächtig herbeiführen. Das Bundesverfassungsgericht, das sich Schritte vorbehalten hat, wenn es klare Verstöße der EU-Organe gegen die Grundlagen der Verfassung erkennt, hat mit einer solchen Selbstbindung kaum eine Chance, da die Änderungen kumulativ und kaum fassbar sind. Benjamin Werner fragt deshalb: Ist das Bundesverfassungsgericht ein zahnloser Tiger?

Eva Kocher richtet sich gegen die Hegemonie einer bestimmten Normalitätsannahme im Arbeits- und Sozialrecht und schlägt eine Anpassung dieser Normalitätsannahmen vor und als Leitidee das »Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiographie«. Jens Thoemmes hat in einer Untersuchung über die französischen »cadres«, die hochqualifizierten Angestellten, festgestellt, dass sie zwar vielfach Herrschaftsfunktionen ausüben, aber keineswegs alle dem hegemonialen Konsens verfallen sind – in den drei Gruppen, die er herauskristallisiert, gibt es auch die »Unzufriedenen«, die sich »im Widerstand« gegen die sich für diese Beschäftigtengruppe verschlechternden Rahmenbedingungen befinden.

- 9 Das Bretton-Woods-Abkommen beinhaltete Warenverkehrsfreiheit, aber strenge Kapitalverkehrskontrollen.
- 10 Wegen der kostentreibenden Unberechenbarkeit der amerikanischen Rechtsprechung ziehen sich die meisten inzwischen wieder von der Wall Street zurück.

In einem Beitrag von Wolf Schäfer wird auf die Widersprüche im Leben Carl Friedrich von Weizsäckers eingegangen, der als junger Physiker die Schaffung der Atombombe für Deutschland anstrebte und nach dem Schock von Hiroshima umzudenken begann und sich gegen Adenauer und Strauß erfolgreich gegen die Bewaffnung der jungen Bundesrepublik mit Atomwaffen stark machte. Warum von Weizsäcker es später nicht vermochte, etwas zu seinen anfänglichen Atomwaffen-Ambitionen zu sagen, das ist die Frage, die Schäfer stellt.

Karl-Alois Bläser hat zu der »Kritik am Eurobarometer« von Martin Höpner und Bojan Jurczyk (Heft 3/2012) eine Replik verfasst, in der er zugleich die Funktion und Arbeitsweise des demoskopischen Instituts darlegt.